

Dresdner Volkszeitung

Verlagsstelle: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1968.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verlagsstelle: Gedr. Kraßhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 2,00 M., durch die Post bezogen monatlich 2,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 2,00 M., Einzelnummer 12.- M., Sonnabendnummer 15.- M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25281. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 5gepatente Reklamereinheit 35.- M., die 3gepatente Reklamereinheit 120.- M., auswärts 40.- u. 130.-, Ausland 200 und 400 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- und Verleihsuche 25 Proz. Rabatt. Für Briefverbreitung 10 M.

Nr. 275

Dresden, Montag den 27. November 1922

33. Jahrg.

Aufgepaßt!

Der Reichstag hat am Sonnabend dem Kabinett Cuno ohne jeden Vorlaufig Vorbehalt die Fortführung der Geschäfte im Sinne der Politik des Kanzlers Dr. Wirth gegeben. Dem außenpolitischen Druck und der nackten Notwendigkeit, in den kommenden Tagen eine verhandlungsfähige Regierung zu besitzen, verdankte Herr Cuno diese Duldung, die von den Parteien der Rechten bis zur Sozialdemokratie, wenn auch unter verschiedenen Motiven, gestiftet wurde. Herr Cuno mag jetzt zeigen, was er kann und was er nicht kann. Nach den ersten Eindrücken ist der neue Mann kein Kanzler, wie ihn die deutsche Republik braucht. Was sein, daß er ein guter Wirtschaftler ist, vielleicht auch ein guter Geheimrat, aber das Format für den höchsten deutschen Reichsbeamten zur Führung der inner- und außenpolitischen Geschäfte eines Millionenvolkes besitzt er nicht. Schon in der gemeinsamen Kabinettsitzung, die zur Übernahme der Geschäfte von der Regierung Dr. Wirth durch Herrn Cuno stattfand, soll der neue Mann mit Glanz verfaßt haben. Noch einmütiger Auffassung der scheidenden Minister beherrschte Dr. Wirth in dieser Sitzung die Situation, und als später die Parteiführer zum ersten Empfang geladen wurden, um von der Regierungserklärung vorher Kenntnis zu nehmen, schickte Herr Cuno seinen Staatssekretär vor, der ihm, wie es scheint, an parlamentarischen Umgangsformen und ebenso an Geist und Lauffähigkeit weit überlegen ist. Während der letzten großen Reichstagsdebatte verlagte Cuno ebenfalls. Scharfe Angriffe wurden besonders von untrer Seite gegen ihn geführt, ohne daß er es auch nur im geringsten für notwendig hielt, auf diese Angriffe zu antworten. Ist das ein Kanzler, der das Vertrauen des Volkes besitzen soll, wenn er noch nicht einmal auf die grundsätzliche Frage eingeht, warum er plötzlich verabschiedet hat, mit der Sozialdemokratie zu regieren, obwohl er vor nur wenigen Tagen klar äußerte, er denke nie daran, ohne Sozialdemokratie ein Kabinett zu bilden? Ist das ein Kanzler, der die Angriffe gegen Müller, Bönne, die schließlich ihn und sein Kabinett trafen, bis zum letzten Stadium über sich ergehen ließ und dann in letzter Minute mit einer kurzen Erklärung eingriff, die nur etwas Selbstverständliches besagte? Der Herr Müller, Bönne, der dem Reichstage und seine Verhandlung durch den Reichskanzler hatten bewiesen, daß Herr Cuno von der Aufgabe eines Kanzlers unter dem parlamentarischen System bitter wenig versteht, daß er sich nicht darüber klar war, was er zu tun hatte, um sich und sein Kabinett vor dem In- und Auslande moralisch zu retten. Herr Cuno hat den Ehrgeiz gehabt, in offener Feldschlacht vor dem Reichstag zu treten, nachdem es ihm nicht gelungen war, ein Kabinett unter direkter Zustimmung der Fraktionen zu bilden. Nach diesem Ehrgeiz hätte er auch beweisen sollen, daß er verdient, führend an der Spitze des Reiches zu stehen. Aber sein Ehrgeiz scheint größer zu sein als sein Mut zur offenen Feldschlacht!

Rampfnatur ist der neue Kanzler nicht. Man darf sich deshalb auch nicht auf große Taten von ihm gefaßt machen. Viel mehr Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß er bald ein gutes Werkzeug der Rechtsparteien, insbesondere der Deutschnationalen, ist. Monatlang haben Gergt und Helfferich gegen die Erfüllungspolitik des Kanzlers Dr. Wirth gehetzt, bis die eifrigsten Verfechter dieser Politik auf der Straße geblieben waren. Jetzt kommt Herr Cuno, der nichts anderes nach seinem Programm will, als die Erfüllungspolitik seines Vorgängers fortsetzen — er erhält die Billigung selbst der Deutschnationalen. Und warum? Gergt und Helfferich sehen in ihm den Mann, den sie fangen den sie schließlich glauben als Ausführungsorgan ihrer politischen Ziele machen zu können. Ihre fortgesetzten freundschaftlichen Unterhaltungen mit Herrn Cuno in der öffentlichen Reichstagsdebatte am Sonnabend kommen nicht von ungefähr, sie haben sicherlich ihren guten Zweck. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang insbesondere, daß Herr Stresemann, sicherlich nicht ohne Hintergedanken, am Sonnabend für die Aufhebung wesentlicher Teile der Republikgesetzgebung eintrat. Will er mit den Deutschnationalen unter Cuno die alte Kampfgemeinschaft wiederherstellen?

Jedenfalls hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion allen Anlaß, Herrn Cuno hart auf die Finger zu legen. Ihre sachliche, scharfe Opposition darf nicht zu einer wohlwollenden Neutralität werden. Bestätigt sich die Rechtsorientierung der neuen Regierung in voller Klarheit, dann wird die Zeit gekommen sein, wo diesem Kabinett das Ende bereitet werden muß. In diesem Falle müssen wir uns natürlich von vornherein darüber klar sein, was nach Cuno kommen soll!

890,1 Milliarden Fehlbetrag

Reichskanzler Dr. Cuno stellte sich am Sonnabend mit einer kurzen Rede dem Reichstag vor. Er gab der Heberzeugung Ausdruck, daß die Aufgaben, die uns in der nächsten Zeit bevorstehen, nicht bewältigt und gelöst werden können von einem Kabinett allein in Zusammenarbeit mit dem Reichstag, sondern er dazu der verständnisvollen Zusammenarbeit mit den Ländern bedürfe. Der Reichskanzler kündigte ferner an, daß die Ministerpräsidenten der Länder zu einer Aussprache nach Berlin zu bitten, die für die Arbeit des Kabinetts grundsätzlich und grundlegend sein soll. Dr. Cuno wiederholte, was er bereits im Reichstag betonte, daß er im Rahmen der Verfassung die Eigenart und Selbständigkeit der Länder zu erhalten wissen werde und schließlich mit dem Wunsche, daß die Frucht der gemeinsamen Arbeit der feste Zusammenschluß der Länder im Reichsverband sein möge. Aldann übernahm Reichsminister des Innern Dr. Cserer den Vorsitz mit einer kurzen Ansprache, in der er betont, er sehe zwischen dem Reich und den Ländern keine grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten, sondern nur gemeinsame Interessen, die gemeinsam im Geiste gegenseitigen Verständnisses und gegenseitigen Verständnisses gewahrt werden müssen.

Nach Erledigung kleiner Vorlagen begründet Ministerialdirektor Sachs den sechsten Nachtrag zum Reichshaushalt. Der Gesamtfehlbetrag im Haushalt hat sich von bisher 333,3 Milliarden auf 890,1 Milliarden Mark erhöht, wovon nur 45,8 Milliarden Mark aus dem Ertrag der Zwangsanleihe gedeckt wurden. 844,8 Milliarden Mark sind ohne Deckung. Der Ueberschuß aus der Reichsverwaltung ist verschwindend. Nur die Eisenbahn deckt ihre Ausgaben, während die Post einen Zuschuß von 47,9 Milliarden Mark erfordert. Zur Begleichung der von uns in diesem Jahre geforderten 730 Millionen Goldmark in bar und 1430 Millionen Goldmark in Sachleistungen mußten infolge der fortgeschrittenen Geldentwertung insgesamt 151,9 Milliarden Papiermark in den Haushalt eingestellt werden. Die uns zugedachte Erleichterung besahe also eine Mehrausgabe von 16,9 Milliarden Mark. Das führte dann zur Ausgabe der Reichsschuldenwechsel, zu deren Deckung 298 Milliarden Papiermark in den Haushalt eingestellt werden müssen. Dazu kommen 101,5 Milliarden Mark für Sachleistungen so daß wir insgesamt 294,5 Milliarden Papiermark mehr als die ursprüngliche Reparationsforderung von 3 Milliarden Goldmark aufbringen müssen. Zur Herstellung des Gleichgewichts im Haushalt muß mit dem Abbau der Ausgaben Ernst gemacht werden. Alle gefegebereitsen Maßnahmen, die neue Ausgaben verursachen, müssen unterbleiben. Da aber die Herstellung des Gleichgewichts angesichts der ungedeckten

Forderung von über 600 Milliarden Mark zur Ausführung des Friedensvertrages unerreichbar ist, hat die Regierung für einen mehrjährigen Zeitraum Befreiung von allen Bar- und Sachleistungen aus dem Versailles Vertrag, wozu auch die ungeheuerlichen Lasten der Besatzung gehören, gefordert. Wenn das General bezieht monatlich 1,140 Millionen Mark und ein englischer General 4,6 Millionen Mark, wozu noch Kinderzuschläge bis zu 18 000 M. hinzukommen — seit dem Friedensschluß noch insgesamt Leistungen von 41 Milliarden Goldmark in bar und andern Werten vollbracht hat, so gehört wahrhaftig viel Mut dazu, zu behaupten, Deutschland entziehe sich seiner Verpflichtungen.

Die Einnahmen des Haushalts werden auf 439,1 Milliarden veranschlagt. Darunter sind Mehreinnahmen an Steuern von 150,8 Milliarden, an Zöllen und Verbrauchssteuern von 130,8 Milliarden Mark. Die fortlaufenden Ausgaben liegen auf 390 Milliarden Mark, die einmaligen Ausgaben auf 41,3 Milliarden Mark. Der Anleihebedarf des Reichshaushalts steigt auf 72,9 Milliarden Mark. Bei der Reichseisenbahn besteht ein Anleihebedarf von 131,9 Milliarden Mark. Die Ausgaben für die Ausführung des Friedensvertrages steigen auf 613,4 Milliarden Mark. Der Fehlbetrag steigt auf 567,6 Milliarden Mark. Für den Gesamthaushalt ergibt sich der bereits erwähnte Fehlbetrag von 890 Milliarden Mark. Unter Annahme der bereits bewilligten Kredite soll ein weiterer Anleihebedarf von 391,5 Milliarden Mark zur Verfügung gestellt werden. — Die Reichsregierung beantragte, dem Reichstag den Nachtrag zu billigen. Der Reichstag schloß sich diesem Vortrage an.

Gompers will keinen Friedenskonferenz

Gompers hat im Namen des amerikanischen Gewerkschaftsbundes die Einladung zur Teilnahme an dem vom Internationalen Gewerkschaftsbund einberufenen Friedenskonferenz, der am 10. Dezember eröffnet werden wird, abgelehnt. Der amerikanische Gewerkschaftsbund läßt dem Vorsitzenden des Internationalen Gewerkschaftsbundes mitteilen, daß die amerikanischen Gewerkschaften nicht bereit sind, eine Verpflichtung bezüglich eines internationalen Generalstreiks für den Fall, daß ein defensiver oder auch nicht defensiver Krieg erklärt wird, zu übernehmen. Sie seien ferner nicht bereit, die nationale Einheit aufzugeben, die Nationalisierung der Reichstümer des Landes zu erstreben oder an Versammlungen teilzunehmen, deren Tagesordnung zuvor festgelegt wurde.

Die Kommunisten und die Arbeiterregierung

Landesparteitag der sächsischen Kommunisten

Der Landesparteitag der sächsischen Kommunisten hat am Sonnabend und Sonntag in Dresden getagt und hauptsächlich zur Regierungsbildung in Sachsen Stellung genommen. Daß er den Gedanken der Arbeiterregierung gefördert hätte, wird niemand, der die Verhandlungen verfolgte, behaupten wollen. Im Gegenteil, viele Redner scheinen es direkt darauf abgesehen zu haben, die Annäherung der Sozialdemokraten und der Kommunisten zu gemeinsamer Arbeit für die Interessen des werktätigen Volkes zu erschweren und zu hintertreiben.

Wie ein roter Faden zog sich durch die Verhandlungen die krampfhaften Bemühungen, einen Gegensatz zwischen den sozialdemokratischen Massen und den von ihnen gewählten und an die Spitze der Bewegung gestellten Führern zu konstruieren. Da das Schimpfen zum kommunistischen Handwerk gehört, bogelte es geradezu von dreisten und unwahrscheinlichen Angriffen gegen untre Partei und gegen den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund. Was soll man dazu sagen, wenn Lieberich der Vereinigten Sozialdemokratie, die aus dem Drange der Massen nach der Einheitsfront des Proletariats machtvoll hervorgegangen ist, nachredet, sie verhindere die Bildung der proletarischen Einheitsfront, oder wenn Böttcher losboltert, die Sozialdemokratie sei von Stinnes „als Bändiger des Proletariats“ eingelegt; sie sei ein moluskenhaftes Gebilde ohne Rückgrat, für das der Klassenkampf nur eine Doktorfrage sei. Gerade diese Schimpfereien offenbaren die Schwäche der kommunistischen Stellung. Jeder denkende Arbeiter wird sie richtig einschätzen und seine Schlüsse daraus ziehen, die freilich nicht im Sinne der Kommunisten liegen werden.

Daß neben dieser ungehörigen Aufführung des kommunistischen Parteitag auch seine Verfeinerung auf die Arbeiterregierung der Betriebsräte die sozialistisch-kommunistische Arbeiterregierung nicht gerade gefördert hat, versteht sich von selber. Sollte sie an dieser unverständlichen Haltung der Kommunisten scheitern, dann werden diese vor dem sächsischen Volke die Verantwortung dafür zu tragen haben. Wir behalten uns vor, auf Gang und Ergebnis der kommunistischen Logik noch zurückzukommen.

Die sächsische K. P. D. hielt am Sonnabend und Sonntag in Dresden im Landtagsgebäude ihren Landesparteitag ab, der von 94 Delegierten besucht war. Böttcher, Leipzig, hielt die Eröffnungsrede, in der er viel Aufhebens von dem Reichsbetriebsräte-Kongress machte, den er als ersten Schritt auf dem Wege zur Sammlung der proletarischen Kräfte bezeichnet, und die deutsche Klassenjustiz angriff, weil sie dem Tag

Soll trotz seinem leidenden Zustande nicht einmal eine Gastunterbrechung gemähre.

In das Präsidium wurden Böttcher, Leipzig, Schuber, Chemnitz, und Marx, Heidenau, gewählt.

Hierauf gab Lieberich den

Bericht des Landesvorstandes.

Er sprach dabei, wie man es von dieser Seite her nicht anders gewöhnt ist, von einer insamen Hebe, die angeblich von der K. P. D. und der U. E. V. gegen die K. P. D. getrieben worden sei, wodurch die Organisation etwas ins Wanken gekommen sei. Jetzt ginge es aber wieder vorwärts. Von der sozialistischen Politik der sächsischen Regierung an der er nach be-rühmtem Muster keinen guten Zaden ließ, behauptete er, daß sie die Kommunisten unterdrücken wolle. Von der K. P. D. behauptete er in seiner bekannten Wahrheitsliebe u. a., daß sie die Bildung einer proletarischen Einheitsfront verhindere. Interessant war sein Eingeständnis, daß die K. P. D. den Zuwachs aus Eisenbahnverkefren, den sie antätsch des Eisenbahnverkefren im Februar 1922 zu verzeichnen hatte, wieder verloren hat. Die sozialistische Regierung in Sachsen sei nichts anderes als eine verhäufte Koalitionregierung. In den Bericht schloß sich eine mehrstündige Debatte, die sich im wesentlichen im selben Geiste bewegte, wie die Ausführungen des Berichterstatters.

Am Sonntag wurde

Die politische Lage und die Regierungsbildung in Sachsen

behandelt. Dazu waren zwei Resolutionen eingebracht worden. In der ersten heißt es:

„Das Vertrauen der K. P. D. gegenüber dem Kabinett der Monarchisten und Separatisten (Kabinett Cuno) ist die Auslieferung des deutschen Proletariats an den Unternehmerterror, den Hunger und die Vergeißelung und bedeutet den offenen Verrat der sozialdemokratischen Führerschaft und des K. P. D. an der arbeitenden Klasse. Die Kämpfe des Proletariats gegen die unerträgliche Teuerung, den politisch gefälschten Hunger, gegen den maßlosen Löhnerneinbruch und für den Achtundtagskampf werden in dieser Situation zum offenen Kampf gegen den deutschen Faschismus. Die Bewaffnung der Arbeiterklasse wird zu einer Lebensfrage für das Proletariat. Jetzt endlich muß die Einheit der proletarischen Massen ohne Unterschied der Parteien und gewerkschaftlichen Organisationen geschaffen werden. Der Landesparteitag berurteilt aufs schärfste den Versuch, die Vergeißelung einzelner bedrückender Elemente zu einer Programmhebe gegen die Kommunisten zu machen.“

Nachdem sich dann die Resolution noch gegen die Gewerkschaften gewendet hat, weil sie die K. P. D. bei den Landtagswahlen unterstützt haben, heißt es am Schluß:

„Der Landesparteitag ruft das sächsische Proletariat auf, sich einmütig hinter die Beschlüsse des Reichsbetriebsräte-Kongresses zu stellen und einen unerhörten geschlossenen Widerstand gegen die Offensive des Kapitals zu bilden. Die sächsi-